Dieselskandal

Stadler muss Audi-Chef bleiben

Einflussreiche Aufsichtsräte des VW-Konzerns halten Audi-Chef Rupert Stadler für eine Fehlbesetzung. Dennoch soll der Manager an der Spitze der VW-Tochter bleiben. Zumindest vorerst. Die Vorwürfe gegen Stadler sind vielfältig: Die Marke Audi falle bei Absatz und Image immer weiter hinter Mercedes und BMW zurück, und im Dieselskandal gelinge es ihm nicht, die Aufklärung voranzubringen. Erst durch Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) erfuhren die Aufsichtsräte, dass Audi wegen einer „unzulässigen Abschalteinrichtung“ der Abgasreinigung 24 000 Autos zurückrufen muss. Das Präsidium des VW-Aufsichtsrats stellte Stadler deshalb auf einer eilig einberufenen Telefonkonferenz am Dienstag vergangener Woche zur Rede. Die Kontrolleure kritisierten ihn heftig. Es gehe nicht an, dass man alles aus der Zeitung erfahre, so ein Aufsichtsrat. Dass Stadler den Verkehrsminister wegen des Rückrufs öffentlich attackiert habe, sei völlig daneben. Trotz der Kritik soll Stadler nach dem Willen des Gremiums die Konzernmarke noch ein paar Monate führen. Das Kalkül dahinter: Ein neuer Audi-Chef würde sofort beschädigt, wenn neue Vorwürfe bekannt würden. „Das hat Stadler zu verantworten, und dafür soll er noch seinen Kopf hinhalten“, sagt ein Aufsichtsrat. Kein Verständnis haben wichtige Kontrolleure auch dafür, dass Stadler vergangene Woche auf einer Uno-Konferenz in Genf einen Vortrag über künstliche Intelligenz gehalten hat. Er solle lieber seine „Hausaufgaben“ machen, mäkelten sie. fdo, gt, haw

Opel

Millionenprämie für Neumann

Der zurückgetretene Opel-Chef Karl-Thomas Neumann kann mit einer Prämie rechnen, wenn der geplante Verkauf des Rüsselsheimer Autoherstellers an den französischen Rivalen PSA (Peugeot, Citroën) vollzogen ist. Nach dem sogenannten Closing stehen Neumann bis zu zwei Millionen Euro zu. Die konkrete Höhe des Bonus hängt noch vom Erreichen bestimmter Ergebnisziele ab. Bedingung für die Auszahlung ist, dass Neumann zum Zeitpunkt des Eigentümerwechsels noch der Opel-Geschäftsführung angehört. Diese Voraussetzung wird er wohl erfüllen: Am Montag hatte Neumann sein Amt an den bisherigen Finanzchef Michael Lohscheller abgegeben, gleichzeitig aber angekündigt, er werde noch Mitglied der Geschäftsführung bleiben, bis der Verkauf vom bisherigen Opel-Eigner General Motors an PSA abgeschlossen sei. Opel will „Fragen zu Verträgen und Vergütungen“ nicht kommentieren. sh



LISI NIESNER / REUTERS

Neumann



BILDAGENTUR-ONLINE

Armut

Kinder ohne Chance auf Aufstieg

Wohlfahrtsverbände kritisieren, dass Teile der Bevölkerung allein durch ihre Herkunft von der positiven Wirtschaftsentwicklung in Deutschland abgehängt seien. „Der Ausgrenzungsprozess beginnt schon in der Kindheit“, heißt es im noch unveröffentlichten Jahresgutachten 2017 des Paritätischen Gesamtverbands, der mehr als hundert überregionale Mitgliedsvereinigungen aus dem Sozialbereich vertritt. Seit Jahren liege die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die definitionsgemäß in Armut lebten, relativ stabil bei 2,5 Millionen, heißt es in dem Bericht. Sie seien von der Chance auf sozialen Aufstieg häufig ausgeschlossen. Untersuchungen zeigten, dass Kinder aus armutsgefährdeten Elternhäusern tendenziell eine niedrigere Schulart besuchten. Diese Benachteiligung treffe vor allem Mädchen. Außerdem wirke sich der soziale Status „signifikant auf den Gesundheitszustand und die Entwicklungsmöglichkeiten“ der Kinder aus. Auch der Anteil von Studienanfängern mit sogenannter niedriger Bildungsherkunft sinke. „Von Chancengleichheit kann damit auch weiterhin nicht die Rede sein“, heißt es in dem Papier, das als Vorwurf an die Bundesregierung verstanden werden kann. cos

Verkehr

Bahnfahren soll billiger werden

Die SPD will durch geringere Kosten mehr Verkehr auf die Schiene verlagern. Erreicht werden soll das Ziel durch eine Senkung der Trassenpreise. Diese Schienenmaut, die zuletzt stark gestiegen ist, müssen alle Personen- und Güterzugunternehmen zahlen, wenn sie die Infrastruktur benutzen. „Die Trassenpreise sind viel zu hoch“, sagt der Fraktionsvize der SPD im Bundestag Sören Bartol. „Mehr Verkehr auf der Schiene gibt es aber nur, wenn er wettbewerbsfähiger wird. Und das heißt vor allem: günstiger.“ Das zuständige Tochterunternehmen der Deutschen Bahn (DB) nimmt pro Jahr rund 4,5 Milliarden Euro an Trassengebühren ein. Für den Großteil sorgt der Regionalverkehr, der Fern- und Güterverkehr steuert jeweils rund 700 bis 800 Millionen Euro bei. Eine Senkung der Trassenpreise wird seit Längerem diskutiert, konkrete Ergebnisse gibt es bislang kaum. Bund und Länder hatten sich im vergangenen Jahr darauf verständigt, den Anstieg der Trassenpreise im Regionalverkehr zumindest zu bremsen. Beim Güterverkehr besteht in der großen Koalition unter den Verkehrspolitikern Konsens darüber, sie zu halbieren. Allerdings will die SPD auch die Kosten für den Fernverkehr senken. Die Partei hofft darauf, dass die DB und mögliche private Konkurrenten dann mehr Städte ans Fernverkehrsnetz anbinden. Auch die Ticketpreise könnten sinken. böl



ROBERT GRAHN / EUROLUFTBILD.DE / AKG

Rangierbahnhof der Deutschen Bahn